

27/1996

Handeln für die Zukunft

Vor dem 8. Parteitag der CDU in Hannover

Mit der endgültigen Abfolge des 8. Parteitags vom 20. bis 22. Oktober in Hannover hat sich auf seiner Sitzung am 9. September im Konrad-Adenauer-Haus der CDU-Bundesvorstand befaßt. Unter dem Motto „Handeln für die Zukunft“ werden neben den Wahlen zum Bundesvorstand vier Themen im Mittelpunkt der Beratungen stehen:

- Steuerreform
- Soziale Sicherungssysteme
- Berufliche Bildung
- Frauen-Quorum.

Auf einer Pressekonferenz im Anschluß an die Bundesvorstandssitzung erklärte Generalsekretär Peter Hintze dazu im einzelnen:

Zum Frauen-Quorum: Der Bundesvorstand hat den Präsidiums-Entwurf beraten und als Antrag auf Änderung des Parteistatuts an den Parteitag be-

**Der 9. Parteitag der CDU
findet im Oktober 1997
in Leipzig statt.**

schlossen. Wir treten darin dafür ein, daß Frauen in der CDU zu mindestens einem Drittel an allen Ämtern und Mandaten beteiligt werden. Das gilt für

- ▶ alle Ämter in der Partei,
- ▶ für alle Mandate, die der CDU zustehen, und natürlich auch
- ▶ für öffentliche Ämter, für deren Besetzung die CDU ein Vorschlagsrecht hat.

Fortsetzung auf Seite 3

HEUTE AKTUELL

● Zukunftsforum

Neue Wege in der Sozialpolitik.
Seite 6

● Bundeshaushalt 1997

Bundesfinanzminister Theo Waigel: Den gemeinsam erkannten Sparwillen jetzt in die politische Tat umsetzen. Seite 10

● Jugendaustausch

Deutsche und tschechische Jugend baut mit am Haus Europa.
Seite 15

● Sozialdemokraten

Die SPD in der Krise. Seite 16

● Beschäftigung

Arbeitsmarkt kaum verändert.
Seite 18

● Ausbildung

Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers: Existenzgründungen schaffen Lehrstellen. Seite 20

● Pflege

Die Pflegeversicherung hält, was sie verspricht. Eine Zwischenbilanz von Norbert Blüm. Seite 22

● Jubiläum

Partnerschaft statt Klassenkampf. 50 Jahre Christlich Demokratische Arbeitnehmerschaft. Seite 26

● CDU im Internet

Die absolute Top-Position unter den Internet-Angeboten der Parteien. Seite 28



Steuerpolitik für das 21. Jahrhundert



Einladung zum
Zukunftsforum Steuerreform



Bonn
Konrad-Adenauer-Haus

Montag, 30. September 1996



Peter Hintze:
Wir wollen das Steuersystem so reformieren, daß Deutschland international wettbewerbsfähig bleibt und neue Arbeitsplätze entstehen können.



Prof. Dr. Dieter Pohmer
Mitglied des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium der Finanzen

Hans-Peter Repnik
Stellvertretender Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Moderation:
Michael Jungblut
ZDF

13.00 Plenardiskussion

Moderation:
Dr. Wolfgang Schäuble
Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

14.00 Pause

14.30 Steuerstruktur 2000 – Strategie für die Zukunft

Prof. Dr. Peter Bareis
Ordinarius für betriebswirt-

schaftliche Steuerlehre und Prüfungswesen, Universität Hohenheim

Dr. Karl Heinz Däke
Präsident des Bundes der Steuerzahler

Prof. Dr. Georg Milbradt
Staatsminister der Finanzen des Freistaates Sachsen

Prof. Dr. Gerhard Seiler
Oberbürgermeister der Stadt Karlsruhe
Präsident des Deutschen Städtetages

Gunnar Uldall
Wirtschaftspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

Moderation:
Dr. Peter Gillies
Journalist

16.30 niedriger – einfacher – gerechter; Perspektiven künftiger Steuerpolitik

Dr. Wolfgang Schäuble
Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

17.00 Ende des Kongresses

10.00 Eröffnung

Peter Hintze
Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union

10.15 Steuerpolitik für Stabilität, Wachstum und Beschäftigung

Dr. Theo Waigel
Bundesminister der Finanzen

11.00 Steuerpolitik auf dem Prüfstand

Prof Dr. Klaus Offerhaus
Präsident des Bundesfinanzhofes

WIR GESTALTEN ZUKUNFT **CDU**

Fortsetzung von Seite 1

Wir haben eine gegenüber dem Parteitag in Karlsruhe geänderte Fassung des Antrages erarbeitet. Damals war auf die Gültigkeit des einzelnen Stimmzettels abgehoben worden. Ein sehr kompliziertes Wahlverfahren war die Folge. Dies wurde seitdem immer wieder diskutiert und kritisiert.

Unser neues Wahlverfahren hebt auf die Gültigkeit des Wahlganges ab. Wenn bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern im ersten Wahlgang nicht mindestens ein Drittel der Positionen auf Frauen entfällt, ist der Wahlgang ungültig und muß wiederholt werden. Das Ergebnis des zweiten Wahlganges ist dann gültig.

Das Verfahren wird sich vor allem im Vorfeld einer Wahl und auf deren Vorbereitung auswirken. Nach dem neuem Vorschlag müssen sich die Vorstände schon von vornherein um eine ausreichende Zahl von Kandidatinnen bemühen, um ungültige Wahlgänge zu vermeiden.

Ich glaube, daß diese neue Regelung ihre Wirkung nicht verfehlen und zu einer stärkeren Beteiligung von Frauen führen wird.

Man muß es sich am konkreten Fall deutlich machen: Ein Vorstand kommt gar nicht darum herum, sich rechtzeitig über weibliche Kandidaturen Gedanken zu machen, wenn er nicht riskieren will, daß ein erster Wahlgang für ungültig erklärt wird.

Bei Mandaten sieht die Satzungsvorschrift vor, daß auf mindestens jedem dritten Platz des Listenvorschlags eine Frau stehen soll.

Eine weitere Vorgabe ist, Wahlkreisbewerberinnen vorrangig zu berücksichtigen. Ein CDU-Verband erhöht also durch die Aufstellung einer Frau die Chance, einen aussichtsreichen Listenplatz zu erreichen.

Wir glauben, daß diese Neuregelung die Mehrheit der Delegierten auf dem Parteitag finden wird. Denn ihr Vorzug besteht

darin, daß die Verbände, die auf Anhieb ein Drittel erreichen oder sogar überschreiten, es mit einem unkomplizierten Verfahren zu tun haben und keine weiteren Formalien mehr zu beachten brauchen.

Gegenüber der vorläufigen Tagungsfolge in der Einladung zum 8. Parteitag haben wir außerdem die Tagesordnung umgestellt und werden am ersten Tag des Parteitages vor den Vorstandswahlen das Frauen-Quorum beraten und verabschieden. Es kann also seine Wirkung bereits bei den Präsidiums- und Vorstandswahlen dieses Parteitages entfalten.

Zur Steuerreform: Der Bundesvorstand am 7. Oktober einen Leit Antrag zur Steuerreform verabschieden. Der Leit Antrag geht dann in die Partei, und es können bis zum Parteitag Änderungsanträge gestellt werden. Jede Parteigliederung hat also Gelegenheit, an der wichtigen steuerpolitischen Debatte noch vor einer Festlegung teilzunehmen und das Ergebnis mit zu beeinflussen. Nach einem Bericht von Wolfgang Schäuble, dem Vorsitzenden der Parteikommision Steuerreform, werden wir den Antrag in Hannover beraten und verabschieden.

Zum Thema Soziale Sicherungssysteme: Hier wird Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, Vorsitzender der Parteikommision, einen Zwischenbericht geben. Anschließend soll auch darüber beraten werden.

Zur beruflichen Bildung: Bundesbildungsminister Jürgen Rüttgers und der Vorsitzende des Bundesfachausschusses Bildung, Forschung und Kultur, Herbert Reul, werden zusammen mit weiteren Mitgliedern des Präsidiums einen Antragsentwurf erarbeiten und vorlegen. Der Parteitag wird ihn dann beraten und verabschieden.

Zum Parteitag 1997: Der nächste Parteitag wird im Oktober 1997 in der neuen Messe in Leipzig stattfinden. Wir

setzen damit im Vorfeld des Wahljahres '98 ein zweifaches Signal: Wir tagen in einem neuen Bundesland und zugleich auch beim erfolgreichsten CDU-Landesverband. Die Sachsen haben mit ihrer Erfolgsrate von 58 Prozent ein Signal für uns alle gesetzt.

Zu weiteren Punkten der Vorstandssitzung:

● Der Parteivorsitzende hat den Freispruch des früheren Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt Werner Münch und des früheren Ministers Werner Schreiber begrüßt und positiv gewürdigt. Wir hoffen in diesem Zusammenhang auf eine Entschuldigung der Sozialdemokraten, die in übler Weise versucht haben, diesen Vorgang für sich propagandistisch auszuschlachten.

Kein Verständnis für Blockade

● Wir haben dann noch einmal über das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung gesprochen. Die Mehrheit für dieses Programm steht. Wir sind der festen Überzeugung, daß mit Blick auf die wirtschaftliche Entwicklung und mit Blick auf die Lage am Arbeitsmarkt das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung ohne weitere Verzögerung umgesetzt werden muß. Wir haben deshalb kein Verständnis für die Blockadehaltung der Sozialdemokraten.

● Ein Wort zu den Demonstrationen des Deutschen Gewerkschaftsbundes am Wochenende: Das Recht auf Demonstration ist selbstverständlich ein Recht, das wir achten und respektieren. Darüber gibt es keine Diskussion. Aber zu den Demonstrationen selber ist zu sagen: Sie sind nicht dazu angetan, einen Beitrag zur Lösung unserer Probleme zu leisten. Wir lassen uns deshalb aber nicht in eine Opposition zu den Gewerkschaften drän-

gen, aus der heraus es kein Gespräch mehr gäbe. Im Gegenteil: Wir führen weiterhin das Gespräch mit den Gewerkschaften. Das ist für uns selbstverständlich. Gewerkschaften sind wichtig für die Aufrechterhaltung der Sozialen Marktwirtschaft - ebenso wie Arbeitgeberverbände.

● Was seinen Besuch in Rußland betrifft, hat der Bundeskanzler die Rolle des russischen Präsidenten Boris Jelzin für die weitere Entwicklung in Rußland, aber auch für die Entwicklung in Europa und in der ganzen Welt gewürdigt.

Der Bundeskanzler hat sich sehr optimistisch zur Frage der deutschen Kulturgüter geäußert, die derzeit noch in russischem Besitz sind, und hat der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es hier zu einer einvernehmlichen Lösung kommen wird.

● Was die NATO-Erweiterung angeht, tritt der Bundeskanzler dafür ein, die Frage im nächsten Früh-Sommer auf einem NATO-Gipfel anzugehen, zu einem Zeitpunkt also, an dem Boris Jelzin nach seiner Behandlung wieder in die Politik zurückgekehrt sein wird. Bei der Entscheidung über die Osterweiterung der NATO sollen alle Sicherheitsinteressen, also auch die Rußlands gewürdigt und berücksichtigt werden.

Dank an die Bundeswehr

● Der Bundeskanzler hat den Bundeswehr-Soldaten für den Beitrag gedankt, den sie zu einer friedlichen Entwicklung in Bosnien leisten.

Es bleibt beim Zeitplan

● Zum Schluß noch ein Satz zu manchen Äußerungen in der FDP: In Sachen Steuern bleibt es trotz anders lautender Forderungen bei dem in der Koalition beschlossenen Zeitplan. Die Steuerreform wird solide vorbereitet, solide finanziert, in Ruhe verabschiedet und zum 1.1.1999 in Kraft treten. ■

Antrag des Bundesvorstandes an den 8. Parteitag der CDU Deutschlands zur Gleichstellung von Frauen und Männern

(Beschluß des CDU-Bundesvorstandes vom 9. September 1996)

Das **Statut der CDU** wird wie folgt geändert:

1. Hinter § 14 Statut wird folgender **neuer Abschnitt C.** eingefügt:

„C. Gleichstellung von Frauen und Männern“

Die bisherigen Abschnitte C. bis G. werden zu Abschnitten D. bis H.

2. Es wird folgender neuer § 15 im neuen Abschnitt C. eingefügt:

„§ 15 (Gleichstellung von Frauen und Männern)“

(1) Der Bundesvorstand und die Vorstände der Landes-, Bezirks-, Kreis-, Stadt-/Gemeinde- bzw. Stadtbezirksverbände und der Ortsverbände der Partei sowie die Vorstände der entsprechenden Organisationsstufen aller Bundesvereinigungen und Sonderorganisationen der CDU sind verpflichtet, die rechtliche und tatsächliche Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU in ihrem jeweiligen Verantwortungsbereich durchzusetzen.

(2) Frauen sollen an Parteiämtern in der CDU und an öffentlichen Mandaten mindestens zu einem Drittel beteiligt sein.

(3) Förmliche Kandidatenvorschläge bei Wahlen für Parteiämter haben den Grundsatz nach Absatz 2 zu beachten. Wahlgremien können Kandidatenvorschläge zurückweisen, die Frauen nur unzureichend berücksichtigen. Wird bei Gruppenwahlen zu Parteiämtern in einem ersten Wahlgang das Frauenquorum von mindestens einem Drittel nicht erreicht, ist dieser Wahlgang ungültig. Es ist ein zweiter Wahlgang vorzunehmen, zu dem weitere Vorschläge gemacht werden können. Dieses Ergebnis ist unabhängig von dem dann erreichten Frauenanteil gültig.

(4) Bei Direkt-Kandidaturen für Kommunal-

und Landtagswahlen, für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament ist durch den Vorstand der entscheidungsberechtigten Organisationseinheit auf eine ausreichende Beteiligung von Frauen hinzuwirken. Gleiches gilt für die Vorstände mitentscheidungsberechtigter Organisationseinheiten.

(5) Bei der Aufstellung von Listen für Kommunal- und Landtagswahlen, für die Wahlen zum Deutschen Bundestag und zum Europäischen Parlament soll das vorschlagsberechtigte Gremium unter drei aufeinanderfolgenden Listenplätzen jeweils mindestens eine Frau vorschlagen. Wahlkreiskandidatinnen sollen dabei vorrangig berücksichtigt werden. Das Recht der über die Listenvorschläge entscheidenden Gremien, für jeden Listenplatz Frauen oder Männer als Gegen- und Ergänzungsvorschläge zu benennen, bleibt unberührt.

Sollte es dem vorschlagsberechtigten Gremium nicht gelungen sein, ausreichend Frauen auf dem Listenvorschlag zu berücksichtigen, so ist dies vor der entscheidungsberechtigten Versammlung darzulegen und zu begründen.

(6) Der Generalsekretär erstattet dem Parteitag regelmäßig Bericht über die Gleichstellung von Frauen und Männern in der CDU.

(7) Die Einfügung des neuen Abschnitts C. sowie dieser § 15 treten, ohne daß es einer ausdrücklichen Änderung dieses Statuts bedarf, mit Ablauf des 31. Dezember 2001 außer Kraft, falls nicht vorher der Bundesparteitag die weitere Gültigkeit der vorgenannten Satzungsvorschriften beschließt.“

3. Die §§ 15 (alt) und 16 (alt) Statut werden zu §§ 16 (neu) und 17 (neu) Statut. ■

Neue Wege in der Sozialpolitik

Zukunftsforum Soziale Sicherung in Bonn

Zwei Tage - am 5. und 6. September - trafen sich im Bonner Konrad-Adenauer-Haus Experten und interessierte Bürger, um über die Zukunft der sozialen Sicherung zu diskutieren. Unter der Überschrift „Neue Wege in der Sozialpolitik“ waren Politiker, Wissenschaftler und viele Sachkundige zu einem kritischen Dialog geladen.

In seiner Eingangsrede betonte Generalsekretär Peter Hintze: „Wir wollen den Sozialstaat auf die Herausforderung des 21. Jahrhunderts vorbereiten. Wir wollen ohne Denkverbote diskutieren. Es soll ein Wettstreit um die besten Ideen sein. Wir werden dabei den Zusammenhang von Wirtschaftsentwicklung und sozialer Leistungsfähigkeit im Auge behalten. Aber alle in Deutschland können sich darauf verlassen: Eine Marktwirtschaft ohne soziale Ausprägung wird es mit der CDU nicht geben.“ Ziel sei es, den Sozialstaat umzubauen, nicht ihn abzubrechen.

Im Anschluß an die Rede des Generalsekretärs sprach der Mainzer Professor für Christliche Anthropologie und Sozialethik, Dr. Arno Anzenbacher, zum Thema „Solidarität und Subsidiarität als Grundlagen der Sozialen Marktwirtschaft“. Anzenbacher machte deutlich, daß sich das normative Solidaritätsprinzip christlich, aus der naturrechtlichen Menschenrechtsidee, aber auch als „Ratschlag der Klugheit“ begründen lasse, da die sozialen und politischen Folgen einer Verelendung von Randgruppen auf Dauer enorme Kosten verursachten. Aus dem Subsidiaritätsprinzip folge, daß Solidarität möglichst effizient und freiheitlich-partizipativ zu organisieren sei. Anzenbacher vertrat die Auffassung, die Idee der Sozialen Marktwirtschaft sei in eine Krise geraten. Bei der

Globalisierung tendiere die Wirtschaft dazu, die Nationalstaaten unter Druck zu setzen und sich vom Korsett des Sozialstaats zu befreien. Daraus ergebe sich die Notwendigkeit, zunächst auf europäischer Ebene und langfristig auch global Einrichtungen zu schaffen, die stark genug seien, die Soziale Marktwirtschaft zu sichern. Anzenbacher warnte nachdrücklich vor den weitreichenden Folgen einer entsolidarisierten Gesellschaft.

Am Nachmittag des ersten Kongreßtages sprach die frühere Bundesfamilienministerin, Dr. Ursula Lehr, Professorin für Gerontologie in Heidelberg, über die „Herausforderungen einer älter werdenden Ge-

Peter Hintze: Eine Marktwirtschaft ohne soziale Ausprägung wird es mit der CDU nicht geben.

sellschaft“. Frau Lehr legte dar, daß schon bald jeder vierte Bürger unseres Landes älter als 60 Jahre sei und in etwa 30 bis 35 Jahren werde jeder Dritte das 60. Lebensjahr erreicht haben. Allerdings dürfe man nicht übersehen, daß neben einer Verlängerung der Lebensphase im Alter auch eine Verlängerung der Jugendphase zu beobachten sei. Frau Lehr sprach sich dafür aus, stärker das Gemeinsame zwischen den Generationen hervorzuheben, denn schließlich hätten Jung und Alt auch gemeinsame Interessen. Frau Dr. Lehr trat für eine flexible Altersgrenze ein: „Für den einen mag es besser sein, mit 58 oder 60 Jahren seinen Beruf aufzugeben, - für den anderen ist es besser, bis



Foto: Laurence Chaperon

65, 68, 70 Jahre und darüber hinaus weiterzuarbeiten - wenn auch nicht unbedingt in einer 40-Stunden-Woche.“

Die Geschäftsführerin des Instituts für Demoskopie Allensbach, Dr. Renate Köcher, betonte in ihrem Vortrag, daß neue Wege in der Sozialpolitik ein grundlegendes Umdenken in der Bevölkerung erfordern. Diese habe über Jahrzehnte hinweg Sozialpolitik nur als Ausdehnung des staatlichen Verantwortungsbereichs verstanden und erlebt. Eine große Mehrheit wisse, was die demographische Veränderung der Gesellschaft für die sozialen Sicherungssysteme bedeute. Allerdings zeige sich ein auffälliger Mangel an Bereitschaft, aus diesen Erkenntnissen Konsequenzen zu ziehen. Außerdem sei es in wirtschaftlich schwierigen Zeiten immer wieder zu beobachten, daß sich Hoffnungen in der Bevölkerung verstärkten, der Staat könne das auffangen und an Sicherheit bieten, was von der wirtschaftlichen Entwicklung nicht mehr erwartet werden könne. Trotz

der andauernden Diskussion über das Problem, das heutige Niveau an Sozialleistungen zu finanzieren, sei bisher nur eine Minderheit der Bevölkerung von der Notwendigkeit überzeugt, gravierende Einschnitte in das soziale Netz vorzunehmen. Die Hälfte der westdeutschen und die überwiegende Mehrheit der ostdeutschen Bevölkerung hoffe, es werde möglich sein, das derzeitige Niveau an Sozialleistungen weitgehend zu halten. Insbesondere in den neuen Bundesländern fänden sogar Forderungen nach einem weiteren Ausbau sozialer Leistungen breite Unterstützung. Nach den von Frau Dr. Köcher vorgetragenen Umfrageergebnissen beschäftigt nur wenige Bürger der Gedanke, der Staat könne überfordert werden. Die Staatsverschuldung sei für die große Mehrheit kein Thema. Der Staat leide unter dem Vertrauen in die Unerschöpflichkeit seiner Ressourcen. Frau Dr. Köcher kam zu dem Ergebnis, der Sozialstaat sei reformierbar, „allerdings nur mit kontinu-

ierlicher Überzeugungs- und Informationsarbeit und einer konsequenten, unerschrockenen Umsetzung des Notwendigen - auch gegen Widerstände.“

Zukunft aktiv gestalten

Mit den „Herausforderungen an das Sozialsystem durch fortschreitende Technologisierung“ beschäftigte sich Professor Jürg Mittelstraß aus Konstanz. Er betonte, es gehöre zum Wesen einer Leistungsgesellschaft, dauerhaft auf Leistung zu setzen. Eben damit stehe es heute nicht zum besten, und dies nicht zuletzt aufgrund einer veränderten Bewertung der Arbeit in der Gesellschaft. Mittelstraß erklärte: „Die Botschaft der 35-Stunden-Woche ist die 30-Stunden-Woche, und die Botschaft der 4-Tage-Woche ist die 3-Tage-Woche.“ Im Hinblick auf die Gestaltung der Zukunft gab Mittelstraß den Rat, sich nicht zu sehr auf Prognosen zu verlassen. Wer dies tue, laufe Gefahr zu vergessen, daß die Zukunft nicht dem gehöre, der sie schon zu kennen glaube oder ängstlich, zaudernd, unentschlossen auf sie warte. Die Zukunft gehöre vielmehr dem, der sie mache.

Im Mittelpunkt des zweiten Tages des Forums stand in verschiedenen Diskussionsrunden unter Leitung des Vorsitzenden des Bundesfachausschusses Gesellschaftspolitik, Hermann-Josef Arentz, ganz die Frage nach der Zukunft unseres Rentensystems.

Der Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, betonte, das soziale Netz in Deutschland habe niemals die Funktion eines Auffangnetzes gehabt, sondern immer die Funktion eines Trampolins. Mit seiner Hilfe sollten die Menschen wieder dahin gebracht werden, für sich selbst leben und wirken zu können. Jagoda warnte eindringlich vor einem weiteren Drehen an der Beitragsschraube in der Rentenversicherung. Notwendig sei die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, um da-

mit die Renten auch für die Zukunft zu sichern.

Wie alle anwesenden Experten, war auch der Darmstädter Wirtschaftswissenschaftler Bert Rürup der Auffassung, das Rentensystem sei weit anpassungsfähiger als oft vermutet. Die Kosten solcher Anpassungen seien erheblich geringer als die einer Umstellung auf eine steuerfinanzierte Grundrente. Da jeder einen Anspruch auf Grundrente hätte, sei sie fiskalisch sehr teuer. Um eine monatliche Grundversorgung von 1.200 DM zu finanzieren, müsse beispielsweise der Mehrwertsteuersatz auf mehr als 30 Prozent angehoben werden. Die notwendige Parallelfianzierung des alten Systems für eine lange Übergangszeit belaste die aktive Generation doppelt. Denn sie müsse Beiträge für die grundgesetzlich geschützten Renten der Älteren zahlen, ohne selbst Anwartschaften zu erwerben, gleichzeitig aber auch für die eigene Altersvorsorge sparen.

Auch „Scheinselbständige“ beitragspflichtig machen

Rürup schlug ferner vor, Kapitalerträge, Einkünfte auf Vermietung und Verpachtung sowie aus Lebensversicherungen auf Hinterbliebenenrenten anzurechnen. Zudem sollten die sogenannten „Scheinselbständigen“, die formal zwar Unternehmer, aber in Wirklichkeit abhängig beschäftigt seien, Beiträge zur Sozialversicherung bezahlen. Auch Personen, die neben einem sozialversicherungspflichtigen Hauptberuf ohne Beiträge in einem 590-DM-Job arbeiten, sollten beitragspflichtig werden. Dies beträfe 2,6 Millionen Menschen und würde zu rund 2,4 Milliarden DM Beitragsmehreinnahmen pro Jahr führen.

Auch der Direktor des Verbandes Deutscher Rentenversicherungsträger, Professor Franz Ruland, betonte, die zweifellos

notwendigen Reformen seien innerhalb des bestehenden Systems machbar. Ruland erklärte, die Gesellschaft werde einen Preis für ihr Älterwerden bezahlen müssen. Reformbedarf sah Ruland nicht zuletzt bei der Laufzeit der Renten. Diese habe sich seit 1960 um 60 Prozent verlängert. Das sei abgesehen von der gestiegenen Lebenserwartung im wesentlichen auf den dramatischen Anstieg der Frühverrentung zurückzuführen. Diesen Trend wolle und müsse die Politik nun stoppen. Die von der Bundesregierung geplante vorzeitige Anhebung der Grenzen für das Renten-Eintrittsalter sei vor diesem Hintergrund unvermeidbar. Ruland wies in diesem Zusammenhang darauf hin, daß bei gleichen Rentenlaufzeiten wie 1960 die Rentenversicherung nur einen Beitragssatz von 12 bis 13 Prozent brauche.

Demographische Komponente

Wie groß die Herausforderung durch den demographischen Wandel für die deutsche Sozialpolitik sei, betonte auch Andreas Storm, Mitglied der „Jungen Gruppe“ in der CDU/CSU-Bundestagsfraktion. Der Darmstädter Bundestagsabgeordnete sprach sich für eine Erneuerung des Generationenvertrages durch eine belastungsgerechte Verteilung der demographischen Lasten auf alle Beteiligten - Beitragszahler, Rentenempfänger und Staat - aus. Als Herzstück einer großen Rentenreform schlägt Storm die Einfügung einer „Demographischen Komponente“ in die Rentenformel vor. Als Bezugsgröße käme z.B. die Entwicklung des Durchschnittsalters der Wohnbevölkerung oder der Versicherungsgemeinschaft in Betracht. Nach Einschätzung Storms würde als Konsequenz dieses Vorschlages das Tempo der künftigen Rentenanpassungen moderat verringert, ohne daß das Leistungsniveau der gesetzlichen Rentenversicherung in unverzichtbarer Weise abgesenkt werden müsse.

In einem letzten Diskussionsforum sprachen der ehemalige Präsident des Diakonischen Werkes der EKD, Dr. Karl Heinz Neukamm, der Kämmerer der Stadt Münster, Dr. Berthold Tillmann, und Dr. Alfred Boss vom Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel zum Thema „Eigenverantwortung und Zukunftsvorsorge“. Trotz gewisser Unterschiede in der Sichtweise waren sich alle drei Referenten einig, daß in Zukunft der Einzelne mehr Eigenverantwortung für die Sicherheit im Alter übernehmen müsse. Dr. Neukamm betonte, es dürfe uns keine Ruhe lassen, daß bewährte Grundlagen unserer sozialen Sicherheit, die Erwerbsarbeit als Grundlage für den Sozialversicherungsstaat und die Familie als Fundament der Gesellschaft an Tragkraft verlieren. Deshalb müsse alles getan werden, die Zukunft der sozialen Sicherungssysteme, den Bestand des Generationenvertrages und die Fortdauer des sozialen Friedens zu wahren. Es gelte vor allem, die eigenen Kräfte und Möglichkeiten zu entdecken und zu wecken. Es sei zu wenig, gegen Sparmaßnahmen zu protestieren und sich selbst zu distanzieren.

In seiner Schlußrede faßte der stellvertretende CDU-Bundesvorsitzende, Bundesarbeitsminister Norbert Blüm, noch einmal die Ergebnisse des zweitägigen Kongresses zusammen: keine Änderung des bestehenden Rentensystems, aber Änderungen innerhalb des Systems.

Darüber hinaus machte Norbert Blüm deutlich, daß die Schwierigkeiten in der Rentenversicherung von der Regierung nicht im Alleingang zu bewältigen seien. Notwendig sei vielmehr ein Höchstmaß an Verständigung mit den Sozialpartnern und der Opposition. Abschließend brachte er seine Überzeugung zum Ausdruck, die Sozialpolitik müsse mit ihrem Beitrag etwas leisten zur Selbständigkeit der Menschen und dafür, daß man sich auf andere verlassen könne. ■

Bundesfinanzminister Theo Waigel:

Den gemeinsam erkannten Sparwillen jetzt in die politische Tat umsetzen

Mit dem Haushaltsentwurf 1997, dem Finanzplan 1996 bis 2000 und dem Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung zeigen wir die - auch für die internationalen Märkte wichtige - Konsequenz und Kontinuität bei der Verfolgung unserer stabilitätsorientierten Finanzpolitik. Zugleich werden damit die Voraussetzungen für die Einhaltung der Maastricht-Kriterien im entscheidenden Jahr 1997 geschaffen.

Nachhaltiges und spannungsfreies Wachstum ist nur durch eine stabilitätsorientierte Finanzpolitik zu erreichen. Zur Konsolidierung, zur Senkung der Staatsquote, zur Rückführung der öffentlichen Defizite und der Steuerlast gibt es deshalb keine ökonomisch vernünftige Alternative.

Nur wer heute spart, kann in die Zukunft investieren!

Das ist die Botschaft der G 7 und der G 10. Dies bestätigen alle nationalen und internationalen Experten und Institutionen: Die Europäische Kommission, der IWF und die OECD, die in ihrem in der letzten Woche veröffentlichten Deutschland-Bericht die Konzeption der Finanzpolitik der Bundesregierung nachdrücklich unterstützt.

Und, hier sollte die Opposition zuhören, die OECD mahnt die vollständige Umsetzung der Spargesetze und Strukturreformen an. Sie verweist ausdrücklich auf den Bundesrat. Ich hoffe, diese Botschaft

kommt bei Ihnen und bei den SPD-regierten Ländern an.

Nach den Äußerungen von SPD-Politikern steht leider zu befürchten, daß sich die SPD auch in den Debatten dieser Woche nicht den Problemen stellt, die am Standort Deutschland gelöst werden müssen.

Statt dessen werden wir von ihnen einmal mehr etwas über vermeintliche soziale Schiefen beim Haushalt und bei der Steuerpolitik, über Haushaltslöcher und über angebliche internationale Versäumnisse hören. Sie werden auch Mehrausgaben - unter anderem für die neuen Länder, für die Forschung - fordern, ohne daß Sie etwas zur Deckung sagen werden.

Aus der Rede von Bundesfinanzminister Theo Waigel anlässlich der 1. Lesung des Bundeshaushalts 1997 im Deutschen Bundestag am 10. September

Vor weiteren Steuererhöhungen, bei der Vermögensteuer, beim Solidaritätszuschlag, schrecken sie nicht zurück.

Nur über die Maßnahmen, die unter den veränderten weltwirtschaftlichen Rahmenbedingungen zur Wiedergewinnung von Wachstum und Beschäftigung notwendig sind, darüber schweigen sie sich aus.

Wirtschaftsentwicklung positiv

Das Wachstum zieht jetzt wieder an. Im zweiten Quartal 1996 ist die Wirtschaft saisonbereinigt um 1 1/2 Prozent gegenüber dem Vorquartal gewachsen. Die Konjunktur faßt jetzt wieder Tritt, die Produktion steigt. Die Abschwächung der Kapazitätsauslastung ist beendet, das Geschäftsklima hat sich deutlich verbessert.

Die Auslandsaufträge entwickeln sich stabil, die Inlandsaufträge nahmen zuletzt wieder zu. Die noch vor wenigen Wochen prognostizierte reale Wachstumsrate von einem 3/4 Prozent für das BIP des Jahres 1996 dürfte nach den letzten Ergebnissen nun doch übertroffen werden. Eine Wachstumsrate von real 1 Prozent scheint jetzt für 1996 erreichbar. Und auch die Wachstumsannahmen für das Jahr 1997 von 2 bis 2 1/2 Prozent real stehen auf festem Grund.

Die Aufwertung der D-Mark hat sich weitgehend zurückgebildet, die Lohnrunde war von großem Realitätssinn geprägt, mit den Steuerentlastungen und dem Wegfall des Kohlepennings haben wir den Verbrauch gestärkt.

Als Vorsitzender des Verwaltungsrates der Kreditanstalt für Wiederaufbau kenne ich die neuesten Daten. Die Bank hat dieses Jahr bereits rund 25 Milliarden DM an Investitionskrediten zugesagt, fast soviel wie im gesamten letzten Jahr. Beim Mittelstand ist die Nachfrage um die Hälfte höher als im vergangenen Jahr. Damit werden mehr als 500.000 Arbeitsplätze gesichert und 44.000 neu geschaffen.

Die Voraussetzungen für einen Aufschwung sind auch auf der Preisseite gegeben. Das Ziel der Preisniveaustabilität ist weitgehend erreicht.

Der Preisindex für die private Lebenshaltung sank im Vergleich zum Vormonat Juli im August um 0,1 Prozent. Im Vergleich

zum Vorjahr betrug der Anstieg des Verbraucherpreisniveaus im August 1,4 Prozent.

Das sind Entwicklungen, die wir seit 1988 nicht gekannt haben. Blickt man weiter zurück, muß man lange suchen, um ähnliche Werte zu finden. 1968 wird man fündig. Damals betrug die Preissteigerungsrate der Lebenshaltungskosten der privaten Haushalte gegenüber dem Vorjahr 1,6 Prozent.

**Bundesfinanzminister
Theo Waigel: Ohne Wachstum,
ohne Investitionen in neue
Märkte und Produkte,
in der Industrie und
im Dienstleistungssektor, gibt
es keine neuen Arbeitsplätze.**

Gefahren für die Preisstabilität sind nicht in Sicht. Dies hat Bundesbankpräsident Tietmeyer anlässlich der kürzlichen Senkung des „dritten Leitzinses“ noch einmal hervorgehoben.

Niedrige Preise und niedrige Zinsen sind nicht nur eine Voraussetzung für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze, sondern ein Schlüsselement sozialer Gerechtigkeit.

Dies ist ein Verdienst der Deutschen Bundesbank und ihrer konsequenten, stabilitätsorientierten Geldpolitik. Hier hat die Bundesbank in vielen Jahren ein großes Vertrauenskapital geschaffen.

Ohne eine auf strikte Konsolidierung gerichtete Finanzpolitik wäre gleichwohl der Spielraum der Bundesbank erheblich kleiner. Niedrige Preise und Zinsen sind daher auch ein Erfolg der Finanzpolitik dieser Bundesregierung!

Der Aufschwung beginnt erst, er muß noch an Dynamik gewinnen.

Dazu tragen wir mit unserer Finanzpolitik bei. Wer jetzt bremst und blockiert, trägt Verantwortung für ein schwächeres Wachstum.

Bereits seit Anfang des Jahres hätte die arbeitsplatzvernichtende Gewerbesteuer-Geschichte sein können. Sie von der SPD haben es nicht gewollt! Sie haben der Konjunktur diesen wichtigen zusätzlichen Impuls versagt!

Zur notwendigen Konsolidierung auch ihrer Haushalte hätten die SPD-Länder das Sparpaket passieren lassen können. Zusätzlich hätten sie mit einem gemeinsamen Konsolidierungskonzept ein Signal für sinkende Defizite und damit der Konjunktur weitere Impulse geben können.

Statt dessen wurden auch einsichtige SPD-Länderchefs Opfer der Konfrontationsstrategie des Parteichefs und Ministerpräsidenten des Saarlandes, Oskar Lafontaine. Eine gemeinsame Einsparliste der Länder schrumpfte binnen Tagen von fast 40 Milliarden auf Null.

Haushaltsvollzug 1996

Bei seinen Haushaltsplanungen ist der Bund auf die Einschätzung der künftigen konjunkturellen Entwicklung angewiesen. Dazu bedient er sich der Expertise von Fachleuten, wie der Forschungsinstitute oder unabhängiger Gremien wie bei der Steuerschätzung. Auch diese Prognosen treffen aber nicht immer die Realität. Damit muß jeder Finanzminister leben. Auch die der Länder!

Im laufenden Haushalt 1996 zeigt sich noch der Einfluß der jetzt beendeten Wachstumspause. Beim Bund ergeben sich dadurch Steuermindereinnahmen und unabwiesbare Mehrausgaben auf dem Arbeitsmarkt.

Die geplante Nettokreditaufnahme von 59 Milliarden DM wird daher nicht ausreichen.

Die Steuerschätzung im Mai 1996 hat für den Bund ein Minus von 11,8 Milliarden

DM ergeben. Dem steht eine geringere Abführung an die EU von rund 3 1/2 Milliarden DM gegenüber.

Auf dem Arbeitsmarkt müssen wir entgegen den ursprünglichen Schätzungen im Jahresdurchschnitt mit erheblich mehr Arbeitslosen als angenommen rechnen. Ich habe daher den Anträgen des Bundesministers für Arbeit auf überplanmäßige Ausgaben in Höhe von 12,5 Milliarden DM zugestimmt. Die Bundesanstalt für Arbeit ist weiter in der Pflicht, alle Einsparmöglichkeiten zu nutzen.

Der Haushalt 1996 würde deutlich besser dastehen, wenn die SPD unsere Reform- und Spar-Gesetzentwürfe im Bundesrat nicht verzögert oder ganz oder teilweise verhindert hätte, wie beispielsweise das Arbeitslosenhilfereformgesetz oder das Asylbewerberleistungsgesetz. Seit 1993 haben Sie insgesamt 6 Milliarden DM blockiert. Dafür trägt die Opposition allein die Verantwortung.

Das sollte jeder wissen, wenn er über „Haushaltssicherungsgesetze“ spricht. Unsere Gesetzesvorschläge seit 1993 waren Maßnahmen zur Sicherung des Haushalts.

Mit der von mir bereits im März verhängten Haushaltssperre haben wir bereits durch Ressortvereinbarungen 5 Milliarden DM eingespart.

Entlastungen im Haushalt 1996 gibt es auch durch höhere Verwaltungseinnahmen, bei den Ausgaben für Gewährleistungen, für Zinsen und für die BvS.

Ich werde alles daran setzen, die Nettokreditaufnahme 1996 unter 70 Milliarden DM zu halten.

Stabiles Fundament für den Haushalt '97

Die Rolle des Hellsehers der SPD hat jetzt der Kollege Diller eingenommen: Als ei-

ner der ganz wenigen Menschen kennt er heute offenbar schon genau die Daten des Arbeitsmarktes 1997. In guter SPD-Tradition entdeckt er vermeintliche Haushaltsrisiken im Etatentwurf 1997.

Es gibt ein Haushaltsrisiko: Die Blockade-Strategie der SPD.

Es ist der Gipfel der Heuchelei: Sie blockieren und verzögern seit Jahr und Tag Einsparungen in Milliardenhöhe. Jetzt hoffen Sie, die Verschiebung der Kindergelderhöhung und andere Elemente des Sparpaketes endgültig zu Fall zu bringen. Anschließend zeigen Sie mit dem Finger auf den Haushalt und den Finanzminister und werfen ihm die Lücke vor.

Als Höhepunkt fordern sie noch Mehrausgaben für die Treuhandunternehmen, für ein Ausbildungsprogramm und für Bildung und Forschung, ohne für Deckung zu sorgen.

Wie können Sie übrigens hier Sparpläne kritisieren, wenn in Ländern, in denen die SPD Regierungsverantwortung trägt, ähnlich einschneidende Maßnahmen erfolgen. In Niedersachsen gibt es massive Kürzungen im sozialen Bereich. In Berlin baut die sozialdemokratische Finanzsenatorin Fugmann-Heesing Sozialleistungen ab, Theaterkarten und Kindertagesstätten werden teurer. In Magdeburg geht es um die Drosselung von Leistungen, die bisher als rot-grüne Reformprojekte gepriesen wurden. Die tarifliche Gleichstellung der Lehrer mit ihren West-Kollegen wird auf 1999 vertagt. Zuweisungen für Kommunen und Subventionen für Kindertagesstätten sollen gekürzt werden.

Jetzt fordert die SPD die Vorlage eines Ergänzungshaushalts zum Bundeshaushaltsplan 1997. Hier handelt es sich um ein durchsichtiges und unnötiges Manöver der SPD. In einschlägigen Kommentierungen zu § 32 der Bundeshaushaltsordnung wird auch bei der Notwendigkeit der Anpassung des Haushaltsentwurfs eine Unter-

richtung des Haushaltsausschusses regelmäßig für ausreichend angesehen.

Deutliche Konsolidierungsschritte

Die Eckwerte des Haushalts 1997 und des Finanzplans bis 2000 spiegeln die Konsolidierungsschritte der letzten Jahre wider.

Die gesamten Ausgaben belaufen sich für 1997 auf 440 Milliarden DM gegenüber 451 Milliarden DM im laufenden Haushaltsjahr. Dies bedeutet einen Ausgaberrückgang um 2,5 v.H.. Erneut durchbrechen wir das „Wagnersche Gesetz“ vom vermeintlich unaufhaltsamen Anstieg der Staatsausgaben.

Von einer Ausgabensteigerung in Höhe von 2,4 Prozent, wie sie der Finanzminister von Nordrhein-Westfalen seiner rot-grünen Koalition soeben offenbar genehmigen mußte, sind wir weit entfernt.

Mittelfristig wird der Ausgabenanstieg konsequent begrenzt. Die durchschnittliche jährliche Steigerungsrate im Finanzplanungszeitraum beträgt knapp 1 Prozent.

Auch der jahresdurchschnittliche Zuwachs der Ausgaben im Zeitraum 1993 bis 2000 beträgt knapp 1 Prozent. Zum Vergleich: Die durchschnittliche jährliche Ausgabenzuwachsrate im Zeitraum 1969 bis 1982 betrug 8,74 Prozent, war also rund neun Mal so hoch.

Seit 1993 ist das Ausgabenniveau des Haushalts nominal praktisch unverändert. 1993 betrug das Haushaltsvolumen 457,5 Milliarden DM. Schreibt man das Kindergeld als Ausgabe fort, betrüge das Haushaltsvolumen 1997 etwa 460 Milliarden DM.

Deflationiert man den Bundeshaushalt 1997 über die Jahre mit der Preissteigerungsrate des Bruttoinlandsprodukts, zeigt sich: Der Haushalt 1997 hat in realer Rechnung das niedrigste Volumen seit 1989.

Der Anteil der Bundesausgaben am Bruttoinlandsprodukt beträgt 1997 12,5 Prozent. Das entspricht dem bisherigen Tiefststand im Jahr 1954. Bis zum Jahr 2000 sinkt der Anteil der Bundesausgaben am Bruttoinlandsprodukt sogar auf 11,7 Prozent.

Der neue Finanzplan weist 1997 bis 1999 fast 65 Milliarden DM weniger an Ausgaben auf, als in der alten Planung vorgesehen war.

Die Nettokreditaufnahme wird 1997 mit 56 1/2 Milliarden DM weniger an Ausgaben auf als in der alten Planung vorgesehen war.

Die Nettokreditaufnahme wird 1997 mit 56 1/2 Milliarden DM zwar gegenüber der alten Finanzplanung um rund 7 Milliarden DM steigen, sie ist aber gegenüber dem Soll 1996, das bei 59,9 Milliarden DM liegt, rückläufig.

Vorbelastungen Bundeshaushalt 1997

Angesichts der schwierigen haushaltswirtschaftlichen Ausgangslage gibt es zum Sparkurs 1997 keine Alternative. Der Bundeshaushalt 1997 muß neben den Konjunkturerffekten auf der Einnahme- und Ausgabenseite erhebliche Belastungen aus den Vorjahren ausgleichen.

Der Bund trägt den Hauptteil der mit der Herstellung der staatlichen Einheit verknüpften Finanzierungsaufgaben. Neben den weiterhin hohen Transferleistungen an die neuen Bundesländer erfordern die Erb-lasten jährlich fast 37 Milliarden DM an Zinsen, das ist mehr als ein Drittel der Zinslasten von insgesamt rund 94 Milliarden DM. Mit 25 Milliarden DM leistet der Bund einen erheblichen Beitrag zum bundesstaatlichen Finanzausgleich.

Haushaltspolitische Umsetzung des Wachstumsprogramms

Um trotz dieser Belastungen die stabilitätsorientierte und vertrauenbewah-

rende Finanzpolitik fortzusetzen, ist das im Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung enthaltene Sparpaket für den Haushalt 1997 unverzichtbar.

Wohlgermerkt: Trotz der griffigen Bezeichnung „Sparpaket“ - das Programm ist kein buchhalterisches Konzept. Es ist ein notwendiger Bestandteil dringend erforderlicher Strukturreformen für den Standort Deutschland.

Der im Wachstumsprogramm als Zielgröße genannte Konsolidierungsbeitrag für den Bund von 25 Milliarden DM wird mit den vom Bundestag verabschiedeten Gesetzen zur Umsetzung des Wachstumsprogramms und mit dem Haushaltsentwurf 1997 erreicht.

Ich appelliere noch einmal an die Länder: Sie müssen sich endlich zu einer gemeinsamen Konsolidierungslinie aufraffen und Ihren Beitrag zum gesamtstaatlichen Konsolidierungsziel leisten. Die Sparvorschläge der Unions-Finanzminister bilden hierfür eine gute Basis.

Es genügt nicht, Grundsatzzerklärungen über die gesamtstaatlich notwendigen Sparzwänge abzugeben, sich gemeinschaftlichen Sparbeschlüssen im Rahmen eines Nationalen Stabilitätspaktes aber zu verweigern.

Die Opposition beschränkt sich darauf, unser Programm mit populistischen wie falschen Vorwürfen über ein vermeintliches sozialfeindliches Kaputtsparen öffentlich zu diffamieren. Wobei man hinter vorgehaltener Hand von so manchem SPD-Politiker ja längst ganz andere Töne hört.

In der August-Ausgabe der Zeitschrift „Der Selbständige“ sagt Klaus von Dohnanyi: „Die Bundesregierung ist im Prinzip auf dem richtigen Weg“. Es ist höchste Zeit, den gemeinsam erkannten Sparwillen jetzt in die politische Tat umzusetzen.

Deutsche und tschechische Jugend baut mit am Haus Europa

Der Jugendaustausch zwischen Deutschland und der Tschechischen Republik wird ab 1997 ausgebaut und intensiviert. Das haben Bundesjugendministerin Claudia Nolte und ihr tschechischer Amtskollege Ivan Pilip am 3. September im ostböhmisches Policka am Rande des ersten deutsch-tschechischen Jugendtreffens vereinbart.

Ziel der gemeinsamen „Absichtserklärung über die Errichtung von Koordinierungsstellen für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch“ ist die Schaffung zweier Büros, in Regensburg und in Pilsen, die ab Beginn des Jahres 1997 den Jugend- und auch Fachkräfteaustausch unterstützen und organisieren sollen. In diesem Jahr fördert das Bundesjugendministerium die Begegnung von ca. 6.000 deutschen und tschechischen Jugendlichen. Für den Ausbau des Jugendaustausches werden von deutscher Seite zwei Millionen DM im Haushalt 1997 eingestellt. Damit erhöht sich die Summe von bisher mehr als 400.000 DM um etwa das Vierfache.

Entstanden war die Idee bei einem ersten Treffen der Minister Nolte und Pilip im Februar in Bonn. Damals schon betonten die Jugendminister, daß der deutsch-tschechische Jugendaustausch ein wichtiger Baustein guter nachbarschaftlicher Beziehungen sei.

Besondere Priorität

Claudia Nolte heute: „Die jugendpolitische Zusammenarbeit zwischen unseren benachbarten Ländern hat für mich eine besondere Priorität. Die Jugendlichen in Deutschland und der Tschechischen Republik werden miteinander die Gestalt Mitteleuropas prägen. Dazu ist es wichtig, sich

kennenzulernen und in gemeinsamen Projekten zusammenzuarbeiten, um so zur Verständigung zwischen den beiden Völkern beitragen zu können. Junge Menschen sollen ihre Verantwortung für den Aufbau eines friedlichen Europas erkennen und daran mitwirken können.“



Deutsch-tschechisches Jugendtreffen ein voller Erfolg

Die Vorsitzende der Arbeitsgruppe Familie, Senioren, Frauen und Jugend der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Maria Eichhorn, erklärte zur Intensivierung des deutsch-tschechischen Jugendaustausches:

Das erste deutsch-tschechische Jugendtreffen in Policka ist ein voller Erfolg. Die Atmosphäre, in der die jungen Menschen miteinander umgehen, hat mich beeindruckt und begeistert. In einer Plenumsveranstaltung haben 250 Jugendliche über politische und gesellschaftliche Themen diskutiert. Ganz wichtig ist es für die Politik, den Kontakt zur Jugend herzustellen, und das Treffen war ein Schritt auf dem Weg dorthin.

Besonders begrüße ich die Unterzeichnung einer Vereinbarung zur Einrichtung zweier Koordinierungsstellen für den deutsch-tschechischen Jugendaustausch, die in Regensburg und Pilsen ihre Arbeit aufnehmen sollen. Die Koordinierungsstellen sollen unter anderem Austauschprojekte anregen und Kontakte zwischen Schulen und Jugendorganisationen herstellen und Empfehlungen an den deutsch-tschechischen Jugendrat sowie an die zuständigen nationalen Behörden geben. ■

Die SPD in der Krise

Seit Ende März veröffentlicht die „Welt am Sonntag“ in loser Folge eine Artikelreihe „Sozialdemokraten in der Krise“, in der sich führende SPD-Politiker und der SPD nahestehende Wissenschaftler zu Wort melden. Im UiD 21/1996 wurden Textpassagen aus den ersten Artikeln zitiert. Sie belegen nachdrücklich, wie groß die inhaltliche, programmatische und personelle Zerstrittenheit der SPD ist.

Seither sind in dieser Reihe weitere Artikel erschienen, deren markanteste Zitate im folgenden wiedergegeben werden.

Zum Beispiel der Pforzheimer Oberbürgermeister Joachim Becker (14. 7. 96):

● „Die SPD kritisiert, prangert an, verurteilt, hat aber keine konsequente Alternative vorzulegen, wie auf unsere gegenwärtige Wirtschafts- und Strukturkrise reagiert werden soll.“

● „Die SPD muß sich von ihren Verklemmungen und Pseudoideologien befreien, muß Wirklichkeiten wahrnehmen und versuchen, aus ihnen die richtigen Schlüsse zu ziehen.“

● „Die SPD-Bundestagsfraktion verfügt über erstklassige Mitarbeiter, . . . aber die vorgelegten Papiere übersteigen kaum das Niveau eines größeren SPD-Kreisverbandes.“

Zum Beispiel Erhard Eppler (21. 7. 96):

● „Die SPD hat kein politisches Zentrum mehr. Früher lag es in Bonn, in Bundestag und Ollenhauerhaus. Heute gebärden sich Landesfürsten so, als hätten sie auf niemanden in der Partei Rücksicht zu nehmen. Was immer die Spitze von Partei oder Fraktion - oder sogar beide miteinander - als Politik der Partei formulieren,

wird, zur Freude der Gegner, rasch durch profilneurotisches Gemecker aus mindestens einer der Staatskanzleien entwertet.“

Zum Beispiel Manfred Lahnstein (28. 7. 96):

● „Muß deshalb bei der SPD programmatisch nachgearbeitet werden, wie es die Parteiführung zu meinen scheint? Ich halte das, mit Verlaub gesagt, für völlig witzlos. Periodischer, kollektiver Autismus kann persönliche Autorität nicht ersetzen. Ohne sie, ohne klare Führung also, bleibt ‚Ringgen um die rechte Programmatik‘ reine Selbstbefriedigung.“

Zum Beispiel der Politikwissenschaftler Johano Strasser (4. 8. 96):

● „In einem Punkt sind sich fast alle Sozialdemokraten einig: Die SPD steckt in der Krise.“

● „Daß gerade in letzter Zeit einige der Spitzenleute der Partei sich in dieser Frage [gemeint ist die Europapolitik] schwankend zeigten, ist ein deutliches Zeichen für die strategische Orientierungslosigkeit eines Teils der SPD-Führung.“

● „Fragt sich, ob die SPD in ihrer gegenwärtigen Verfassung überhaupt fähig ist, diese Aufgabe mit der nötigen Geschlossenheit und dem nötigen Nachdruck zu verfolgen. Solange narzißtische Provinzfürsten sich um die Reste von Macht und Medienpräsenz balgen, die in der Partei noch zu verteilen sind, und solange eine mißmutige und in sich ebenfalls zerstrittene Parteibasis sich dieses Trauerspiel bieten läßt, sicher nicht.“

Zum Beispiel der Historiker Heinrich Potthoff (11. 8. 96):

● „Die SPD heute muß heraus aus dem

Kommentar

Ein Skandal, der keiner war

Er sollte ein Raffke sein, ein Betrüger. Der Skandal kostete ihn das Amt. Das Amt war immerhin das Amt eines Ministerpräsidenten. Wer die einfachen Schlußfolgerungen liebt, kann sogar sagen: der Skandal kostete die CDU/FDP-Regierung in Magdeburg die Macht. Werner Münch stürzte über die „Gehälteraffäre“. Wenig später löste ein rot-grünes Bündnis mit Hilfe der PDS die alte Regierung ab. Und da stellt sich plötzlich heraus: der Skandal war kein Skandal. Der Verdacht, daß der Ministerpräsident Münch ein Raffke sei, sei vor Gericht nicht erhärtet, sondern entkräftet worden, sagt das Gericht. Die Empörung in der Öffentlichkeit habe sich als unbegründet herausgestellt.

*War dann aber der Skandal nicht vielleicht doch ein Skandal, der Skandal der juristischen und zivilen Ankläger? Da hat eine Staatsanwaltschaft ein Ermittlungsverfahren betrieben, was ihre Pflicht ist. Doch über mehr als drei Jahre haben sich die Ankläger gewei-
gert, die Beschuldigten auch nur ein*

einziges Mal anzuhören. Und als sie sie hören, nämlich vor Gericht, da fordern sie – Arm in Arm mit der Verteidigung – einfach Freispruch. Müssen sich diese Ankläger nicht fragen lassen, was sie ihren Opfern angetan haben? Kann man – bei seiner Anklage, die vor Gericht im Handumdrehen zusammenkracht – wirklich Menschen über Jahre mit dem Odium der Raffkes herumlaufen lassen und dann einfach sagen: Wir haben geprüft, und es hat sich herausgestellt, daß sie nur erhielten, was ihnen zustand? Muß man nicht auch fragen, welchen Schaden ein solches Verfahren gegen „habgierige“ Weissis für das psychologische Zusammenwachsen von Ost und West hat?

Hier sollen keine übertriebenen politischen Folgerungen gezogen werden. Die Regierung Münch war, als sie über die „Gehälteraffäre“ stürzte, in sich zerstritten. Deshalb hatten die Raffke-Vorwürfe auch jene politische Sprengkraft. Viel spricht dafür, daß es auch ohne den Sturz des Kabinetts Münch zum Regierungswechsel gekommen wäre. Doch einige Jäger in der Staatsanwaltschaft, in der Politik und auch in den Medien müssen sich heute sicher fragen, ob man den Angeeschuldigten eine faire Chance der Verteidigung gab.

Die Welt

Elfenbeinturm einer sich selbst genügenden und bestätigenden Gemeinde.“

Zum Beispiel Hans Koschnick (25. 8. 96):

● „Warum hat die SPD hier kein eindeutiges Profil, warum schwankt sie immer noch zwischen gestrigen nationalstaatlichen und heute doch notwendigen europäischen Antworten?“

● „Wo ist die grundsätzliche Position der

SPD? Unterliegen alle bisherigen prinzipiellen Vorstellungen den jeweils wahltaktischen Überlegungen in einem Wahlkampf, wie wir es kürzlich im baden-württembergischen Wahlgang bei der Frage einer gemeinsamen europäischen Währung erleben mußten? Ist es ein Wunder, daß Mitglieder wie Sympathisanten sich fragen, ob wirklich nur Populismus angesagt ist und nicht mehr wertorientierte Politik?“

Arbeitsmarkt kaum verändert

Nach dem am 5. September veröffentlichten Monatsbericht der Bundesanstalt für Arbeit lag die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland im August bei 3.901.700 Arbeitslosen, 323.500 mehr als vor einem Jahr und 10.000 weniger als vor einem Monat. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich binnen Jahresfrist von 9,3 auf 10,2 Prozent.

Nach den Worten des Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit, Bernhard Jagoda, beschränkte sich der aktuelle Rückgang auf die neuen Länder, wo die Ferien schon zu Ende sind. An der konjunkturell gedämpften Entwicklung und den strukturellen Belastungen habe sich nichts geändert.

Die Arbeitslosigkeit hat sich im August aus jahreszeitlichen Gründen verringert. Saisonbereinigt errechnet sich eine Zunahme von 14.000, nachdem sich in den Monaten seit April praktisch keine Änderung ergeben hatte. Der Anstieg beschränkte sich auf die alten Länder.

Die Erwerbstätigkeit ist im Juni, jüngere Daten liegen nicht vor, im jahreszeitlich üblichen Ausmaß gestiegen. Saisonbereinigt hat sie sich, vorläufigen Schätzungen des Statistischen Bundesamtes zufolge, nach Abklingen der saisonalen Turbulenzen, wiederum nicht verändert (April:

+ 60.000; Januar bis März durchschnittlich: -70.000). Nicht saisonbereinigt wird eine Erwerbstätigenzahl von 34,57 Millionen angenommen, dies sind 300.000 weniger als vor Jahresfrist, nach -310.000 im Mai und -340.000 im April.

Betriebe und Verwaltungen meldeten im August 270.900 Stellen, dies sind 5.600 weniger als vor einem Jahr und -jahreszeitlich bedingt -17.000 weniger als im Monat zuvor. In den neuen Ländern stützten mehr Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen die Kräftenachfrage.

Die Kurzarbeit hat vor allem urlaubsbedingt und nur in den alten Ländern, wo die Urlaubszeit noch andauerte, stark abgenommen. Im August waren in ganz Deutschland 164.000 Arbeitnehmer davon betroffen, 61.100 weniger als im Juli. Gegenüber dem Vorjahr gab es einen Zuwachs um 45.800.

Die Situation am Ausbildungsstellenmarkt ist weiterhin schwierig. Zwar stieg die Zahl der seit April bis Ende August bei den Arbeitsämtern gemeldeten betrieblichen Ausbildungsstellen um 12 Prozent auf 113.500, doch konnte das Vorjahresergebnis im bisherigen Verlauf des Berichtsjahres nicht erreicht werden.

588.300 Ausbildungsstellen wurden von Oktober 1995 bis Ende August 1996 den

OECD sieht Konjunkturaufschwung in Deutschland

Das Wirtschaftswachstum in Deutschland wird sich nach Einschätzung der Organisation für Wirtschaftliche Zusammenarbeit (OECD/Paris) in den kommenden Monaten deutlich beschleunigen. 1996 bleibe das Wachstum mit 0,5 bis 0,75 Prozent zwar noch bescheiden. 1997 dürfte es aber auf 2,4 Prozent steigen, sagte der Leiter der OECD-Vertretung in Bonn, Dieter Menke, am 5. September bei der Vorlage des Länderberichts der Pariser Organisation für Deutschland.

Groß- und Außenhandel erfüllt Lehrlingsversprechen

In einem Schreiben an Bundeskanzler Helmut Kohl versicherte Dr. Michael Fuchs, Präsident des Bundesverbandes des Deutschen Groß- und Außenhandels (BGA), daß die Wirtschaftsstufe Groß- und Außenhandel ihr Lehrlingsversprechen erfüllen werde. Fuchs verwies darin auf eine Vielzahl durchweg positiver Antworten auf seinen Appell an die Unternehmen des Groß- und Außenhandels, ihren größtmöglichen Beitrag zur Überwindung der Lehrstellenknappheit zu leisten. Daraus gehe hervor, daß die Unternehmen in diesem Jahr mehr Auszubildende als im Vorjahr einstellen und sogar zum Teil weit über den eigenen Bedarf hinaus ausbilden würden.

Arbeitsämtern gemeldet, 4 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der Bewerber, die sich im gleichen Zeitraum an die Berufsberatung wandten, erhöhte sich um 7 Prozent auf 700.700. Unvermittelt waren davon Ende August noch 117.000 Bewerber. Ihre Zahl hat sich gegenüber dem Vormonat um 36 Prozent verringert, gegenüber August 1995 jedoch um 11 Prozent erhöht.

69.600 freie Ausbildungsplätze waren Ende August noch bei den Arbeitsämtern registriert; das sind 26 Prozent weniger als Ende Juli und 23 Prozent weniger als im Vorjahr. Hinzu kommen 13.900 noch nicht genutzte Plätze aus der gemeinsamen Lehrstelleninitiative von Bund und Ländern sowie etwa 10.000 Plätze aus der Benachteiligtenförderung der Bundesanstalt. **Dadurch ergibt sich eine Ausbildungsplatzlücke von z. Zt. gut 20.000.** Dabei ist die Lage in den neuen Ländern wesentlich unausgeglichener als in den alten.

Vorhandene Beschäftigungshemmnisse müssen beseitigt werden

Zu den neuesten veröffentlichten Arbeitsmarktzahlen erklärte der Sprecher der Bundesregierung, Peter Hausmann:

Der aktuelle – leichte – Rückgang der Arbeitslosenzahlen, der sich auf die neuen

Bundesländer beschränkte, hat nichts an der konjunkturell gedämpften Entwicklung und den strukturellen Belastungen geändert, die tiefe Spuren auf dem Arbeitsmarkt hinterlassen haben. Unabhängig von der Konjunkturentwicklung müssen sich Wirtschaft und Gesellschaft auf die Veränderungen im internationalen Wettbewerb einstellen und den Standort Deutschland auf die Zukunft vorbereiten. Der Abbau der Arbeitslosigkeit bleibt dabei die wichtigste Aufgabe der deutschen Innenpolitik. Vorhandene Beschäftigungshemmnisse müssen beseitigt werden. Dies geht jedoch nicht ohne Sparmaßnahmen. Das Programm für mehr Wachstum und Beschäftigung wird daher konsequent umgesetzt.

Aufschwung stützen

Angesichts der großen Herausforderungen müssen die Voraussetzungen für Investitionen, Wachstum und Arbeitsplätze grundlegend verbessert und der Aufschwung durch strukturelle Verbesserungen gestützt werden. Die Bundesregierung hat in diesem Zusammenhang das Aktionsprogramm für Investitionen und Arbeitsplätze vorgelegt, und sie setzt ihre Politik der Standortsicherung konsequent fort. Gleichzeitig werden durch die Instrumente der aktiven Arbeitsmarktpolitik Brücken zu zukunftssicheren Beschäftigungsverhältnissen geschlagen. ■

Bundeshildungsminister Jürgen Rüttgers:

Existenzgründungen schaffen Lehrstellen

Nach dem Gespräch des Bundeskanzlers mit den Präsidenten und Hauptgeschäftsführern der Handwerkskammern erklärte der Bundesminister für Bildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie, Jürgen Rüttgers:

Das Handwerk hat der Berufsausbildung des Nachwuchses immer eine besondere Bedeutung zugemessen. Das ist auch in diesem Jahr so. Die Präsidenten und Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammern haben zugesagt, daß das Handwerk seinen aktiven Beitrag zur **Schließung der noch bestehenden Lücke von gut 20.000 Lehrstellen** leisten wird. Das bestärkt meinen Optimismus, daß wir in einer gemeinsamen Kraftanstrengung dieses Ziel in den nächsten Wochen erreichen.

Kleinbetriebe, zu denen auch viele Betriebe des Handwerks gehören, müssen wieder stärker als Ausbildungsbetriebe gewonnen werden. Die neuesten Zahlen zur Entwicklung auf dem Lehrstellenmarkt haben deutlich gemacht: Immer weniger Kleinst- und Kleinbetriebe bilden noch aus. Die Ausbildungsbeteiligung von Betrieben mit bis zu 9 Beschäftigten hat sich von 1990 auf 1994 um ein Viertel verringert, bei den Betrieben mit bis zu 4 Beschäftigten war es sogar ein Drittel. Dieser Trend muß gestoppt und umgekehrt werden. Es muß gelingen, gerade die kleineren Betriebe, die mehr als 80 Prozent der Unternehmen stellen, wieder stärker für die Berufsausbildung zu gewinnen. Ausbildungsbedürfnisse und Ausbildungsmöglichkeiten kleiner Betriebe müssen wieder mehr Gewicht finden. Hier sind auch die Tarifpartner gefordert. Ich fordere

sie auf, konstruktiv über tarifliche Öffnungsklauseln für Kleinbetriebe – z. B. bei der Vergütung – zu verhandeln, um ihnen die Ausbildung zu erleichtern.

Das Potential für mehr Lehrstellen kann noch erweitert werden. Wir brauchen deshalb eine Welle von Existenzgründungen. Dazu müssen die wirtschaftlichen und politischen Rahmenbedingungen verbessert werden. Das Maßnahmenpaket für mehr

**Jürgen Rüttgers: Ich bin sicher
– auch dieses Jahr wird
das Lehrstellenproblem gelöst.**

Wachstum und Beschäftigung muß jetzt durchgesetzt werden. Um Existenzgründungen im Feld der Zukunftstechnologien zu erleichtern, habe ich in meinem Verantwortungsbereich das Programm „Beteiligungskapital für kleine Technologieunternehmen“ gestartet. Damit werden wir ein Beteiligungskapital von rund 900 Mio. DM für Existenzgründer mobilisieren.

Mit der Existenzgründerkomponente im Meister-BAföG verbessern wir gerade im Handwerk die Chancen erfolgreicher, beruflicher Selbständigkeit. Für die Durchsetzung des Meister-BAföG haben wir viel Lob erfahren. Bis jetzt gibt es ca. 30.000 Anträge, aber nur 2.500 Bewilligungen. Ich fordere die Bundesländer auf, endlich den Bearbeitungsstau bei den Anträgen zügig und konsequent abzarbeiten. Allein im Handwerk wird es in den kommenden Jahren 200.000 Betriebsübergaben geben. Dafür werden qualifizierte Nachfolger gebraucht.

Wir haben Maßnahmen für die Kleinbetriebe ergriffen, die besonders ihre Ausbildungsfähigkeit stützen sollen:

- Durch schnellere Modernisierung von Ausbildungsberufen stehen aktuelle Berufsbilder für mehr Betriebe, die ausbilden wollen, zur Verfügung.
- Durch eine vernünftige Organisation des Berufsschulunterrichts sparen wir 20 bis 30 Berufsschultage pro Jahr. Die Zeit der praktischen Ausbildung im Betrieb wird erhöht.
- Durch eine Änderung des Jugendarbeitsschutzgesetzes sind erwachsene Lehrlinge – das sind heute 70 Prozent aller Auszubildenden – künftig nach der Berufsschule wieder im Betrieb.

Am Erfolg der Ausbildungsplatzentwickler in den neuen Bundesländern können wir uns orientieren: Die Kammern müssen ihren Einsatz verstärken. In den nächsten

10 Jahren wird die Nachfrage nach Lehrstellen von heute 620.000 auf über 700.000 kontinuierlich wachsen. Deshalb dürfen gute Lehrstellen nicht unbesetzt bleiben. Dies wäre nicht nur eine Vergeudung, es führt auch zur Demotivation bei Handwerkern und Unternehmern, die Lehrstellen, oft zusätzlich, verfügbar machen. Es ist ein Vorurteil, daß nur die sogenannten „Weiße-Kragen-Berufe“ Zukunft hätten. Gerade das Handwerk bietet zukunftsichere Perspektiven und vielfältige Aufstiegsmöglichkeiten. Wir werden deshalb Gespräche mit Kammern, Fachverbänden und Berufsberatung darüber führen, wie das Lehrstellenangebot besser ausgeschöpft werden kann.

Ich bin sicher: Auch in diesem Jahr wird das Lehrstellenproblem gelöst. Auf das Handwerk war in der Vergangenheit stets Verlaß. Das heutige Gespräch beim Bundeskanzler hat gezeigt, daß das auch in Zukunft so bleibt.

Bürger aktiv in den Kommunen

Klagen über die ausgeprägte Anspruchshaltung des Bürgers gegenüber seiner Gemeinde und dem Staat nehmen zu. Vielfach kann man jedoch gegensätzliche Trends beobachten. Zahlreiche Bürger engagieren sich für ihre Kommune, für ihren Stadtbezirk, für sozial Schwache.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung lädt am Dienstag, den 1. Oktober 1996, zur Tagung „Bürgerschaftliches Engagement auf kommunaler Ebene,“ ins Radisson SAS Hotel in Erfurt ein. Ehrenamtlich Tätige, kommunale Praktiker, Sozialpolitiker, Verwaltungsexperten und Träger der Wohlfahrtspflege werden informiert, wie bürgerliches Engagement angeregt und aufgewertet werden kann.

Referenten sind der thüringische Ministerpräsident Bernhard Vogel, Prof. Dr. Hans Braun von der Universität Trier sowie die Bundestagsabgeordneten Klaus Riegert und Ulf Fink. An der abschließenden Podiumsdiskussion nehmen außerdem teil: Monsignore Dr. Karl-Heinz Ducke (Jena), Dr. Adrian Reinert, Geschäftsführer der Stiftung MITARBEIT (Bonn), und Albrecht Stengel, Kirchenrat, Diakonisches Werk der Ev.-luth. Kirche in Thüringen. Es moderiert der Landtagsabgeordnete Hermann-Josef Arentz.

Anmeldungen richten Sie bitte an Harald Wendberger unter der Rufnummer: 02241/246-658 oder der Faxnummer: 02241/246-632.

Die Pflegeversicherung hält, was sie versprach

Eine Zwischenbilanz von Norbert Blüm

Die Pflegeversicherung hält ihre Versprechen: Sie hilft Hunderttausenden von pflegenden Angehörigen in den Familien und befreit die meisten Pflegebedürftigen in Heimen aus der Abhängigkeit von Sozialhilfe. Mit Fakten lassen sich die Mäkeleien von Schwarzsehern und Miesmachern widerlegen. Zahlen belegen, was über 1 Million Pflegebedürftige und ihre Angehörigen längst wissen: Die Pflegeversicherung hat ihnen wirksame Hilfe und spürbare Verbesserungen gebracht.“

Mit diesen Worten kommentierte Bundesarbeitsminister Norbert Blüm eine Zwischenbilanz der Pflegeversicherung, die er am 6. September in Bonn bekanntgab. Danach erhalten in der sozialen Pflegeversicherung heute rund 1,1 Millionen Pflegebedürftige Leistungen bei der Pflege zu Hause:

- 380.000 Personen in der Pflegestufe I mit 400 DM Pflegegeld oder Pflegesachleistungen bis zu einem Gesamtwert von 750 DM im Monat;
- 581.000 Personen in der Pflegestufe II mit 800 DM Pflegegeld oder Pflegesachleistungen bis zu einem Gesamtwert von 1.800 DM und
- 139.000 Personen in der Pflegestufe III mit 1.300 DM Pflegegeld oder Pflegesachleistungen bis zu einem Gesamtwert von 2.800 DM im Monat.

Darüber hinaus übernimmt die Pflegeversicherung je nach Pflegestufe und Umfang der Pflegetätigkeit Beiträge zur gesetzlichen Rentenversicherung und nimmt die Pflegepersonen beitragsfrei in den Schutz

der gesetzlichen Unfallversicherung auf.

Nach den Angaben von Minister Blüm waren bei stationärer Pflege bis zum 31. Juli 1996 bei den Medizinischen Diensten der Krankenversicherung (MDK) 617.000 Begutachtungen in Auftrag gegeben worden. Davon sind bereits 90 Prozent erledigt. Für 390.000 Heimbewohner haben die MDK Empfehlungen zu den Pflegestufen wie folgt ausgesprochen:

- 103.000 Heimbewohner in der Pflegestufe I mit 2.000 DM im Monat;
- 132.000 Heimbewohner in der Pflegestufe II mit 2.500 DM im Monat;
- 122.000 Heimbewohner in der Pflegestufe III mit 2.800 DM im Monat.

Als eindeutig falsch bezeichnete Blüm die immer wieder auftauchende Behauptung,

Norbert Blüm: Ein großer Erfolg für die hilfsbedürftigen Menschen, die lange auf diese wichtige Sozialreform gewartet haben.

Pflegebedürftige in Heimen würden durch die Pflegeversicherung nicht aus der Abhängigkeit von der Sozialhilfe herausgeholt. So würden nach Schätzungen des Direktors des Landschaftsverbandes Westfalen-Lippe 70 Prozent der Pflegebedürftigen in westfälischen Heimen durch die zweite Stufe der Pflegeversicherung nicht mehr auf Sozialhilfe angewiesen sein. In diesem Zusammenhang appellierte Blüm

Warum Bundeskanzler Helmut Kohl den Asturien-Preis verdient

Aus mehreren Gründen verdient Bundeskanzler Kohl nach Meinung des Präsidenten von Katalonien, Pujol, den ihm in Spanien verliehenen Preis von Asturien. Pujol – er hat in einem Brief an die Jury Kohl vorgeschlagen – sagte in Montevideo in einem Gespräch mit dieser Zeitung: Kohl habe den Preis verdient, weil er mit besonderer Klarsicht genau das Richtige getan habe, um eine schnelle Wiedervereinigung zu erreichen, weil er Deutschlands Zukunft nur in einem vereinten Europa sehe und gegenwärtig

die bedeutendste Führungspersönlichkeit in Europa sei. Außerdem verdiene er den Preis, weil er in der Politik nicht auf eine ethische Grundlage verzichten wolle. Pujol sagte, er sei sich in Montevideo, wo er an einer Diskussion über „die neuen Wege Lateinamerikas“ teilnimmt, mit dem langjährigen spanischen Ministerpräsidenten González einig gewesen, daß Kohl der bei weitem wichtigste Mann für die europäische Einigung sei.

aus: Frankfurter Allgemeine vom 9. September 1996

an die Bundesländer, ihren Investitionsverpflichtungen aus dem Pflegekompromiß endlich nachzukommen. Dann würden noch mehr Pflegeheimbewohner von zusätzlichen Leistungen der Sozialhilfe unabhängig werden.

Entschieden widersprach der Bundesarbeitsminister auch immer wieder öffentlich vortragenen Behauptungen, Menschen mit geistiger Behinderung oder psychischen Erkrankungen fielen durch das Netz der Pflegeversicherung. Tatsache sei, das habe eine Untersuchung der Medizinischen Dienste in Thüringen, Westfalen-Lippe und Rheinland-Pfalz auf Grundlage von 160.000 Gutachten zu Hause lebender Pflegebedürftiger ergeben, daß Anträge psychisch kranker und geistig behinderter Menschen eher seltener abgelehnt würden und im Vergleich zu Personen mit körperlichen Erkrankungen den höheren Pflegestufen zugeordnet würden.

So sei Demenz, also Altersverwirrung, die häufigste pflegebedürftige Diagnose in allen drei Pflegestufen. Hirnorganische und psychische Erkrankungen machten in den Pflegestufen I und II über 30 Prozent der pflegebegründenden Erkrankungen aus, in Pflegestufe III sogar über 50 Prozent.

Norbert Blüm: „Nach verständlichen Schwierigkeiten in der Anlaufphase, die bei der Einrichtung eines völlig neuen Zweiges der Sozialversicherung auch nicht anders zu erwarten waren, ist die Pflegeversicherung zur großen Hilfe und Unterstützung für die Pflegebedürftigen geworden. Das ist ein großer Erfolg für die hilfsbedürftigen Menschen, die lange auf diese wichtige Sozialreform gewartet haben.“

UiD-Erscheinungsweise

Nachfolgend die UiD-Erscheinungsweise von UiD-Nr. 27 bis UiD-Nr. 33:

Nr. 27/96: 12. 9. 1996

Nr. 28/96: 19. 9. 1996

Nr. 29/96: 26. 9. 1996

Nr. 30/96: 2. 10. 1996

Nr. 31/96: 10. 10. 1996

Nr. 32/96: 24. 10. 1996

Nr. 33/96: 31. 10. 1996

Eventuelle Änderungen vorbehalten.

Sozialhilfeausgaben 1995 unterstreichen Notwendigkeit der Sozialhilfereform

Die am 4. September vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden veröffentlichten Vorwegberechnungen zu den Sozialhilfeausgaben 1995 in Höhe von 52,1 Milliarden DM bestätigen erneut die Notwendigkeit der kürzlich verabschiedeten Sozialhilfereform.

„Nur mit der am 1. August in Kraft getretenen und von der Opposition mitgetragenen Sozialhilfereform ist es möglich, einen weiteren Anstieg der Sozialhilfeausgaben über den Zuwachs der wirtschaftlichen Leistungskraft hinaus zu verhindern und damit die Sozialhilfe zukunftssicher zu machen“, erklärte Bundesgesundheitsminister **Horst Seehofer**.

Besonders die Ausgaben zur Finanzierung der Hilfe zum Lebensunterhalt sind 1995 gegenüber 1994 um 10,6 Prozent auf 18,8 Mrd. DM gestiegen, während die Aufwendungen für Maßnahmen der Hilfe in besonderen Lebenslagen nur leicht zunahmen. Bei letzteren sind insbesondere die Leistungen für Pflegebedürftige mit 17,3 Mrd. DM und zur Eingliederung Behinderter mit 13,2 Mrd. DM von Bedeutung.

Bei der Hilfe zur Pflege ist – nach einer starken Zunahme in den letzten Jahren – erstmals ein Rückgang von 2,4 Prozent zu verzeichnen. Dies ist auf das Inkrafttreten des Pflege-Versicherungsgesetzes zum Jahresbeginn 1995 und die daraus resultierenden Leistungen für die häusliche Pflege ab April 1995 zurückzuführen. Durch das Inkrafttreten der 2. Stufe der Pflegeversicherung am ersten Juli 1996 wird zukünftig in diesem Bereich mit weiteren Einsparungen in Milliardenhöhe zu rechnen sein.

Auf das frühere Bundesgebiet entfielen 45,1 Mrd. DM der Sozialhilfeausgaben, auf die neuen Länder und Berlin-Ost 7,0

Mrd. DM. Damit sind die Sozialhilfeausgaben in den neuen Ländern und Berlin-Ost stärker gegenüber dem Vorjahr gestiegen (+ 7,6 Prozent) als im früheren Bundesgebiet (+ 4,3 Prozent).

Asylbewerber und abgelehnte Bewerber, die zur Ausreise verpflichtet sind, sowie geduldete Ausländer erhalten seit November 1993 anstelle der Sozialhilfe Leistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz. Die Aufwendungen hierfür waren in Deutschland mit 5,5 Mrd. DM im Jahr 1995 um 1,7 Prozent geringer als ein Jahr zuvor. Der größte Teil dieses Betrages in Höhe von 4,6 Mrd. DM wurde zur Deckung des täglichen Bedarfs der Asylbewerber ausgegeben. Daneben erhielten Asylbewerber besondere Leistungen, z. B. bei Krankheit, Schwangerschaft und Geburt, für die 0,9 Mrd. DM gezahlt wurden.

Der größte Teil der Ausgaben nach dem Asylbewerberleistungsgesetz entfiel mit 4,9 Mrd. DM auf das frühere Bundesgebiet. Dies waren 2,7 Prozent weniger als im Vorjahr. Die übrigen 0,6 Mrd. DM (+ 8,0 Prozent) wurden in den neuen Ländern und Berlin-Ost aufgewendet.

Asylbewerberzahlen im August

Im Bundesamt für die Anerkennung ausländischer Flüchtlinge haben im August 1996: 9.548 Personen (Vormonat Juli 1996: 9.511 Personen) Asyl beantragt. Damit ist die Zahl der Asylbewerber gegenüber dem Vormonat annähernd gleich geblieben. Gegenüber dem Vergleichsmonat im Vorjahr (August 1995: 11.919) ist die Zahl der Asylbewerber im August 1996 jedoch um 2.371 (19,9 Prozent) zurückgegangen.

Aus der Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

Unter den vielen Veranstaltungen im Bildungszentrum Schloß Eichholz eine besonders herausragende Reihe: die „Eichholzer Sportforen“, gleichbedeutend mit einem seit 1990 regelmäßig geführten Dialog von Repräsentanten aus Sport und Politik, aus Wirtschaft, Wissenschaft und Medien. Die für die diesjährige Zusammenkunft maßgeblichen Überlegungen: „Wir müssen alte Strukturen aufbrechen, wir brauchen Mut zur Veränderung, um die Zukunft zu sichern.“

Thema/Termine/Schwerpunkte:

Veranstaltung Nr. 280

Gemeinwohl und Selbstverantwortung – die Bedeutung des Sports in einer zukunftsorientierten Gesellschaft

VI. Eichholzer Sportforum

24. bis 25. Oktober 1996

Einige der Themen:

- **Gemeinsinn versus Egoismus – Das Engagement des einzelnen und die Gesellschaft**
 - **Sport als Medienspektakel, Sport als gesellschaftlicher Auftrag – Zum Verständnis des Sports in der Zukunft**
 - **Wie bereiten sich die Sportverbände und Vereine auf die Zukunft vor – inhaltlich und strukturell?**
 - **Sport und Gesundheit – Die Selbstverantwortung des einzelnen in der Solidargemeinschaft**
 - **Mit der Jugend in die Zukunft – Der Beitrag der Sportvereine zur Gestaltung der Jugendpolitik**
- Sprechen werden u. a.:

● aus dem Bereich der Politik: Staatsminister Anton Pfeifer, Bundesministerin Claudia Nolte, Bundesminister Horst Seehofer und Engelbert Nelle, Vorsitzender des Sportausschusses des Deutschen Bundestags,

● aus dem Bereich des Sports: Manfred Frhr. von Richthofen, Präsident des Deutschen Sportbundes, Prof. Dr. Wolfgang Maennig, Präsi-

Das VI. Sportforum der Konrad-Adenauer-Stiftung stellt die Frage nach dem Stellenwert und dem Beitrag des Sports in einer auf Zukunft ausgerichteten Gesellschaft. Damit setzen wir den seit 1990 regelmäßig geführten Dialog mit Repräsentanten aus Sport und Politik, aus Wirtschaft, Wissenschaft und Medien fort.

Anton Pfeifer, Staatsminister beim Bundeskanzler und Dr. Günter Rüter, Mitglied der Geschäftsleitung der Konrad-Adenauer-Stiftung

dent des Deutschen Ruderverbandes, und Steffi Schnoor, Präsidentin des Deutschen Volleyball-Verbandes, sowie Isabell Werth, Olympiasiegerin im Dressurreiten,

● aus dem Bereich der Medien: Jürgen Doetz (SAT.1).

● aus dem wissenschaftlichen Bereich: Prof. Dr. Ludger Kühnhardt.

Weitere Informationen/Anmeldungen:

**Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum
Schloß Eichholz
Postfach 13 31
50387 Wesseling
Fax-Nr.: 0 22 36/7 07-2 30**

Partnerschaft statt Klassenkampf

Im August 1945 öffnete in Köln auf der Breite Straße das „Büro Albers“. Es wurde zur Sammelstelle der aus dem Krieg nach Hause kommenden christlichen Gewerkschafter. Zwei Ideen formierten sich: Die Idee der ökumenischen Volkspartei, die alle Schichten der Bevölkerung Heimat gibt, und die Idee der Einheitsgewerkschaft, die aus den demokratischen Strömungen der Arbeiterbewegung, aus Sozialdemokraten, Christlich-Sozialen und Sozialliberalen begründet wurde.

Im November 1946 war es dann soweit, Johannes Albers organisierte die erste Tagung der Sozialausschüsse in Herne. Die Geburtsstunde der CDA feierten Rainer Eppelmann und seine Mitstreiter am 7. September 1996 in Herne.

Über 600 Teilnehmer nahmen an der Festveranstaltung, die durch politische und launige Reden geprägt war, teil. In seiner Eröffnung betonte Eppelmann, der aus der ostdeutschen Bürgerrechtsbewegung in die Union fand, die Brückenfunktion der CDA zwischen Betrieb, Gewerkschaften und der Politik. In einer politischen Erklärung hatte er, gegen den derzeitigen Trend zur Konfrontation, einen Sozialpakt zwischen der Politik, den Wirtschaftsverbänden und den Gewerkschaften gefordert. „Wer wirklich Vollbeschäftigung will, der darf Gesprächen nicht aus dem Weg gehen. Alleine schafft es keiner!“

Norbert Blüm, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung, lange Zeit CDA-Hauptgeschäftsführer und CDA-Bundesvorsitzender, erinnerte an „Persönlichkeiten aus den Reihen der CDA, die die Bundesrepublik prägten“, an die ersten Arbeitsminister Anton Storch und Theo Blank, die aus den Trümmern des 2. Weltkrieges der Sozialen Marktwirtschaft den unverzichtbaren sozialen Ordnungsrahmen gaben.

Die Tarifautonomie, das Kindergeld, die Selbstverwaltung der Sozialversicherung, die Montan-Mitbestimmung und die dynamische Rente prägten die Aufbauphase der Bonner Republik. Unter Hans Katzer setzte sich die Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand, das Berufsbildungsgesetz und die Arbeitsförderung durch. In den achtziger Jahren folgten Erziehungsgeld und Rentenansprüche für Erziehungszeiten, die deutsch-deutsche Sozialunion und die soziale Pflegeversicherung.

Ausführlich beschrieb Blüm den Nestor der katholischen Soziallehre, Oswald von

50 Jahre CDA

Nell Breuning SJ, der das Subsidiaritätsprinzip mit seiner Wechselwirkung zwischen engagiertem Sozialstaat und Eigenverantwortung. Es wurde zum Strukturelement der föderalen Bundesrepublik. In seiner launigen Rede verstand es Blüm immer wieder, auch die menschlichen Seiten der Persönlichkeiten zu schildern.

Kämpferisch hob Generalsekretär Peter Hintze die zentrale Bedeutung der Vereinigungen für den Charakter der Volkspartei CDU hervor: „Keine andere Vereinigung hat die CDU und ihre programmatische Entwicklung so geprägt wie die Sozialausschüsse.“ Er betonte, daß nach der Aufbau- und der Ausbauphase nun die Zeit des sozial vertretbaren Umbaus gekommen sei. Er schaffe die Voraussetzung, das Sozialsystem langfristig auch im Zeitalter der Globalisierung zu sichern.

Hintzes Botschaft: Wer alles beim alten belassen will, wird alles verlieren. Entscheidend für die soziale Sicherheit sei die

Schaffung wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze, eine Aufgabe, der rot-grüne Koalitionen prinzipiell ohnmächtig und beschlußunfähig gegenüberstehen. Er betonte, daß mit dem Programm für Wachstum und Beschäftigung „Härten“ verbunden seien, deren Sinn allein daran gemessen werden könne, wieviele neue Arbeitsplätze in den nächsten Monaten entstehen.

Hintze betonte die Einheit zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Nicht gegeneinander, sondern nur miteinander seien die drängenden Probleme zu bewältigen.

Der nordrhein-westfälische Landeschef der CDA, Hermann-Josef Arentz, hatte in Herne ein Heimspiel. Er kritisierte die Scharfmacher, die bei den Arbeitgebern und bei den Gewerkschaften auf Konfrontation und nicht auf Kooperation setzen. Gerade von der Industrie forderte Arentz, die Ausbildungszusage glasklar einzuhalten und verstärkt in Menschen und zukunftsfähige Produkte für den Weltmarkt zu investieren. Neue Märkte seien wichtiger als alles Sozialabbau-Gerede dieser Welt.

An die Christlich-Sozialen gerichtet appellierte Arentz: „Wer sich selber nicht imponiert, der imponiert auch keinem anderen.“ Als Beitrag zum aufrechten Gang sieht die CDA den Investivlohn, der jahrzehntelang von den Sozialdemokraten bekämpft, in den letzten Tagen von immer mehr Gewerkschaftern und Sozialdemokraten entdeckt werde. Arentz kündigte an, daß die CDA dieses zentrale christlich-

SO SOZIALE ORDNUNG

Magazin der Christlich-**D**emokratischen **A**rbeitnehmerschaft

G 6361

7. September
1996
49. Jahrgang



soziale Thema aufgreifen werde. Auch heute noch gelte die Botschaft der Herner Tagung von 1946: „Partnerschaft statt Klassenkampf“.

Die CDA-Hauptgeschäftsstelle hat eine Festschrift erstellt, die, solange der Vorrat reicht, kostenfrei angefordert werden kann.

**Die Anschrift: CDA
Johannes-Albers-Allee 3
53639 Königswinter
Fax-Nr. (0 22 23) 2 80 62**

Die absolute Top-Position unter den Internet-Angeboten der Parteien

Ende Dezember 1995 lobt die „**Berliner Zeitung**“ noch verhalten: Seit Oktober bietet die CDU-Zentrale als Teilnehmer bei Internet „ein durchaus respektables Info-Programm“ an. Die Zahlen schreiben jedoch schon jetzt eine erfolgreiche Bilanz.

Nach dem Knopfdruck, mit dem Generalsekretär Peter Hintze auf dem Karlsruher Parteitag den Aufbruch ins Internet gestartet hatte, sind keine zwei Monate vergangen, und: „35.000 der zwei Millionen deutschen Internet-Teilnehmer haben sich schon im Adenauerhaus eingeklickt. In die Tausende geht die Zahl der elektronischen Briefe, auch aus dem Ausland.“

Wiederum ein paar Monate später berichtet die „**Berliner Morgenpost**“: „Rund 8000mal im Monat werden die CDU-Seiten im Internet angeklickt, im letzten Wahlkampf gab es mehr Netz- als Briefpost.“ Die Zeitung ist sich nur nicht über die Bewertung im klaren: „Offen bleibt bei solchen Statistiken allerdings, ob der Besucher nach einem flüchtigen Blick wieder verschwindet oder ob er das Info-Material wirklich nutzt.“

Neben Politik zum Beispiel auch ein Comic-Wahlspot

Das „**Handelsblatt**“ weiß jedenfalls zur gleichen Zeit „CDU setzt bei der Präsentation im Internet jetzt auch auf Unterhaltung“ und berichtet detailliert: „Ab dieser Woche bietet sie eine neue Internet-Sparte. Der Nutzer kann sich nun **neben** Politik von A bis Z und Neuigkeiten aus den Landesverbänden auch alte Wahlplakate und einen Comic-Wahlspot auf die heimische Festplatte laden. Mit Aktionsspielen à la

Nintendo zum downloaden will die Partei ebenfalls potentielle Wähler ansprechen.“

In einem kritischen Feature über die Parteien im Internet räumt die „**Frankfurter Allgemeine**“ in ihrer Magazin-Beilage ein: „Am ansprechendsten sind noch die Web-Seiten der CDU gestaltet.“ Ohne Vorbehalt lobt sie aber als „nützlichste Einrichtung“ ein großes „Surfbrett“, „von dem aus über Links verwandte Parteien im Ausland, Medien, Ministerien und andere hochbedeutende Einrichtungen zu erreichen sind“.

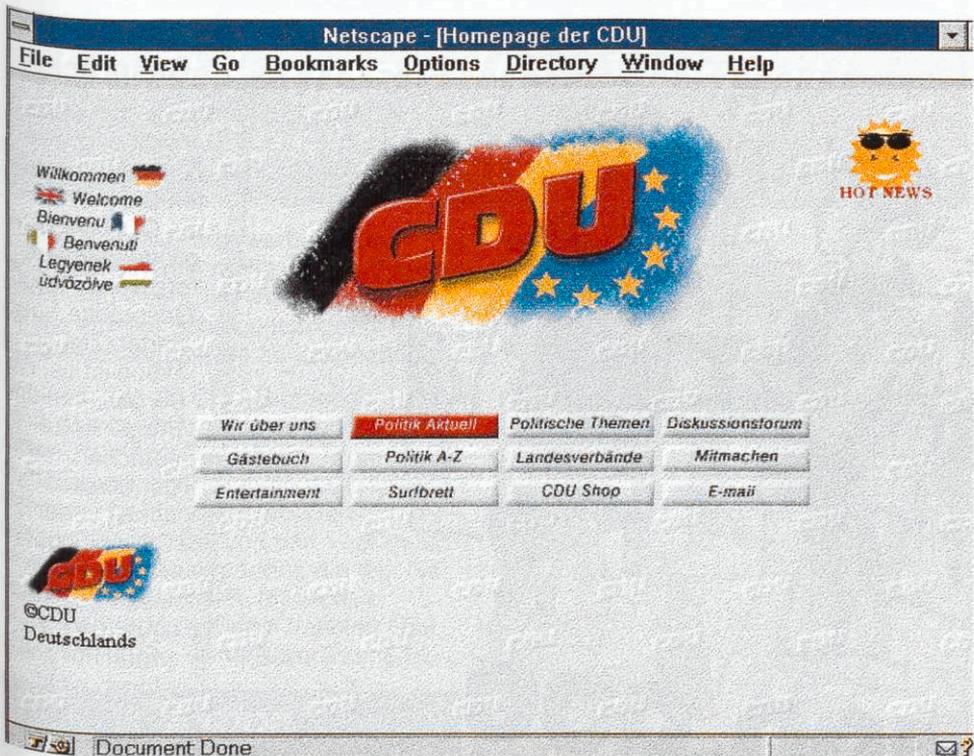
Bei einem Vergleich der „Internet-Angebote der Parteien“ in der „**Süddeutschen Zeitung**“ vom 27. August kommt die

**Wo „links“ ein Plural ist
und nicht das Gegenteil
von rechts.**

CDU mit Abstand am besten weg: „Mit schnellen Ladezeiten, schönen Graphiken, durch Photos aufgelockerten Texten, Spielen und Filmen nehmen die Christdemokraten die absolute Top-Position unter den Internetangeboten der Parteien ein. Hier scheint man das Medium am ehesten verstanden zu haben.“

Und dann kommen die Einzelheiten:

- „Ganz populär darf des Kanzlers Hannelore für ihr Kochbuch werben und ist mit einer Rezeptserie vertreten.“
- „Im CDU-Shop wird eine Datenbank feilgeboten, mit deren Hilfe alle Positionen der Partei per Suchwort recherchierbar sind.“



● „Die CDU-Home-Page bietet wirklich viel. Unter anderem auch eine Seite mit weiteren Internet-Links zu anderen politischen Institutionen, europäischen Parteien, aber auch zu Internetsuchmaschinen und zu vielen deutschen Medien. Ganz tolerant ist auch hier der Übergang zu taz und SPIEGEL möglich.“

● „Einziges Kritikpunkt am CDU-Angebot: Während der CDU-Fan sein Geld im Internet-Shop per Bestellung online loswerden kann, muß der Mitgliedsantrag noch ausgedruckt und per Post an die Partei geschickt werden.“

Einladung zur Diskussion

Große Anerkennung auch in „Focus“:
„Die CDU bietet die umfangreichste Web-

Seite an. Neben der Selbstdarstellung bietet sie dem Nutzer die Möglichkeit, im Rahmen eines moderierten Diskussionsforums zu aktuellen Themen Stellung zu nehmen.“

Entscheidende Vorteile für den Wahlkampf

CDU-Bundesgeschäftsführer **Hans-Joachim Reck** im Mitgliedermagazin „UNI-ON“: „Es war wichtig und richtig, daß die CDU frühzeitig in die moderne Kommunikation über das Internet eingestiegen ist. Die Kommunikation über Datennetze wird in Zukunft immer stärker an Bedeutung gewinnen, sie kann uns im Wahlkampf entscheidende Vorteile bringen.“ ■



**100.000
Gespräche**
Leitfaden für die Mitgliederwerbung

CDU

● 100.000 Gespräche

Unter dem Motto „Politik gestaltet Zukunft – Gestalten Sie mit“ hat die CDU die Mitgliederwerbemaßnahme „100.000 Gespräche“ gestartet. Ziel der Aktion ist es, die Bürgerinnen und Bürger in Gesprächen von der Mitgliedschaft in der CDU zu überzeugen. Der neue Leitfaden „100.000 Gespräche“ soll Ihnen nicht nur helfen, Freunde und Sympathisanten für die Arbeit in der CDU, sondern auch für eine Mitgliedschaft in der CDU zu gewinnen.

Der erfolgsorientierte Aufbau sowie die Ausstattung des Leitfadens mit übersichtlichen Registern gestaltet die Vorbereitung Ihrer Aktionen zur Mitgliederwerbung besonders einfach.

Bestell-Nr.: 6101

Verpackungseinheit: 5 Expl.

Preis je 5 Expl.: 12,- DM

Bestellungen an:

IS-Versandzentrum •

Postfach 11 64

33759 Versmold •

Fax (0 54 23) 4 15 21

Alle Preise zzgl. MwSt. und
Versand

Politik gestaltet Zukunft – Gestalten Sie mit

Die CDU-Mitgliederwerbeaktion „100.000 Gespräche“ läuft auf Hochtouren, und viele CDU-Verbände haben bereits auf das Schulungsangebot der Bundesgeschäftsstelle zurückgegriffen.

Nunmehr hat die CDU-Bundesgeschäftsstelle ihr Materialangebot für die Aktion „100.000 Gespräche“ ergänzt. Mit dem sechsseitigen Rahmenfaltblatt kann sich jeder Verband auf drei Seiten individuell vorstellen. Die von den Verbänden eingesetzten Dialogpartner, die das Gespräch mit potentiellen Mitgliedern führen, verfügen mit dem Faltblatt über eine individuelle Visitenkarte ihrer CDU.

Aktion

„100.000 Gespräche“

Aber auch über die Aktion „100.000 Gespräche“ hinaus läßt sich dieses Faltblatt hervorragend z.B. bei Veranstaltungen und Straßenaktionen einsetzen.

Die Außenseiten dieses Faltblattes sind vierfarbig von der CDU-Bundesgeschäftsstelle gestaltet und vorgedruckt. Im Innenteil haben Funktions- und Mandatsträger der Verbände die Möglichkeit, sich mit Foto, Anschrift und Text vorzustellen.

Die CDU-Bundesgeschäftsstelle übernimmt für Sie das Layout Ihrer Innenseiten und die Drucküberwachung. Dazu benötigen wir von Ihnen:

- maximal 7 s/w Fotos
- Textmenge entsprechend dem Layout
- Adressenliste
- Texte auf Diskette (Winword 2.0/6.0)



Das Faltblatt ist zu folgenden Preisen erhältlich:

1.000 Expl. = 210,-- DM

2.000 Expl. = 276,-- DM

3.000 Expl. = 342,-- DM

weitere 1.000 Expl. = 66,-- DM

(Alle Preise jeweils inkl. Versand, zzgl. MWST).

Dieses Faltblatt können Sie bei Herrn Geiser, CDU-Bundesgeschäftsstelle, Abteilung Öffentlichkeitsarbeit, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn bestellen. Sollten Sie zu Gestaltung oder Inhalt des Rahmenflugblattes Fragen haben, rufen Sie uns bitte an

Tel. 02 28/5 44-3 79

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN

**Politik gestaltet
Zukunft -
gestalten Sie mit!**

CDU

AUFNAHMEANTRAG

● **Aufnahmeantrag der CDU**

Bestell-Nr.: 6719

Verpackungseinheit: 150 St. Preis: 0,00 DM

UiD

27/1996

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands.
Für den Inhalt verantwortlich: Axel König, **Redaktion:**
Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113
Bonn, Telefon (0228) 54 40, **Verlag:** Union Betriebs
GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel.
(0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:**
Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Profitlich.
Bankverbindung: Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7510 183
(BLZ 380 500 00), Postbank Köln Nr. 1937 95-504
(BLZ 370 100 50), Abonnementspreis jährlich 56,- DM.
Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** Vereinigte Verlags-
anstalten GmbH, Düsseldorf.